

## LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Die Bewältigung der Klimaveränderung und deren Folgen von Mensch und Umwelt sind die globalen Aufgaben unserer Zeit. Für mich ist klar: Deutschland muss Vorreiter einer klimagerechten Politik und Gesellschaft werden. Dafür hat unsere Bundesumweltministerin Svenja Schulze einen guten Entwurf für ein Klimaschutzgesetz vorgelegt.

Auf Vorschlag der SPD hat sich ein Klimakabinett mit der Umsetzung der völkerrechtlich verbindlichen Klimaziele von Paris gebildet. Mit der ersten Sitzung am 10. April 2019 hat die Bundesregierung deutlich gemacht, dass die Klimaschutzpolitischen Ziele allerhöchste Priorität haben. Sowohl die Bundesumweltministerin Svenja Schulze, als auch der Vizekanzler und Bundesfinanzminister Olaf Scholz setzen sich für ein Klimaschutzgesetz ein, das rechtlich verbindliche Reduktionsziele definiert. Nun müssen alle beteiligten Ministerien darlegen, wie sie diese Ziele für die jeweiligen Sektoren erreichen werden. In den Koalitionsverhandlungen haben wir darauf gedrungen, dass die völkerrechtlich verbindlichen Klimaziele von Paris umgesetzt werden müssen. In diesem Jahr werden wir das Klimaschutzgesetz ver-

abschieden, welches für die Einhaltung der Klimaschutzziele wegweisend sein wird. Es wird Zeit, dass wir mit den Sonntagsreden zum Thema Klima aufhören und an die Arbeit gehen.

Die erfolgreichen Verhandlungen um den Kohlekompromiss zeigen, dass wir nur zusammen die große Aufgabe des Klimaschutzes meistern können. Ich bin zuversichtlich, dass wir auch beim Klimaschutzgesetz gemeinsame Lösungen finden werden.

Bis dahin wünsche ich euch frohe Ostern und hoffe euch morgen zu treffen, wenn ich mit Martin Schulz in Hamm und Lünen bin.



## GRUNDRENTE UND SOZIALSTAATSPAPIER

Wer 35 Jahre gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat, verdient eine Rente oberhalb der Grundversicherung – ohne Wenn und Aber. Dafür streiten Gewerkschaften und SPD Seit' an Seit'. Der DGB hat eine Unterschriftenaktion für eine Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung gestartet. Diese unterstützen wir als SPD. Eine echte Grundrente ist eine Frage von Respekt und Anerkennung für diese Aufbaugeneration.

Mit Altersarmut finden wir uns nicht ab. Neben der Einführung der Grundrente heißt das konkret: Ein neues Bürgergeld anstelle von Hartz IV, längeres Arbeitslosengeld, ein Recht auf Weiterbildung, eine neue Kindergrundversicherung, eine hohe Tarifbindung und ein deutlich höherer Mindestlohn. Damit erneuern wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land. [Hier könnt ihr die bei der Unterschriftenaktion teilnehmen.](#)



## VOLLES WAHLRECHT FÜR ALLE

Mit dem Gesetzentwurf, den wir diese Woche in erster Lesung beraten haben, wollen wir das inklusive Wahlrecht einführen. Das BVerfG hat mit seiner Entscheidung vom 29. Januar 2019 die im Bundeswahlgesetz und Europawahlgesetz vorgesehenen Wahlrechtsausschlüsse von Menschen unter Vollbetreuung für verfassungswidrig erklärt. Deren genereller Wahlrechtsausschluss ist mit dem Grundgesetz unvereinbar. Er verstößt gegen den Grundsatz der Allgemeinheit der Wahl und gegen das im Grundgesetz verankerte Verbot der Benachteiligung wegen einer Behinderung. Das Gericht erklärte außerdem den Wahlrechtsausschluss der wegen Schuldunfähigkeit untergebrachten Straftäter für nichtig. Mit unserem Gesetzentwurf streichen wir ersatzlos die verfassungswidrigen Wahlrechtsausschlüsse. Darüber hinaus regeln wir die zulässige Assistenz bei der Wahlrechtsausübung sowie deren Grenzen und strafrechtliche Sicherung. Die Neuregelung wird am 1. Juli 2019 in Kraft treten.



## PFLEGE SOZIAL UND GERECHT GESTALTEN

In den letzten Jahren haben wir eine Menge geschafft, um die Leistungen in der Pflege zu verbessern. Doch wird noch nicht am Ziel: Einer menschlichen, sozialen und bezahlbaren Pflege. Deshalb haben wir jetzt ein Konzept erarbeitet, dass die Menschen in den Mittelpunkt stellt – damit Pflegekräfte die Wertschätzung erhalten, die sie verdienen und Zugang zu guter Pflege keine Frage des Geldbeutels ist:

1. Wir wollen die **Eigenleistungen deckeln**. Nicht die Leistungen der Pflegeversicherung sollen begrenzt werden, sondern die Eigenbeiträge der Pflegebedürftigen (bzw. ihrer Angehörigen).
2. Der Zugang zu den notwendigen Leistungen für Pflegebedürftige soll **einfacher und leichter gemacht** werden.
3. Wir wollen eine **Bürgerversicherung in der Pflege**, in die alle einzahlen und alle die gleichen Leistungen erhalten – so werden die Beiträge auf mehr Schultern verteilt.
4. Die Rücklagen der privaten Pflegeversicherung von rund 35 Mrd. € sollen für die **solidarische Finanzierung** einer besseren Pflege herangezogen werden.
5. Pflegekräfte müssen die Wertschätzung erhalten, die sie verdienen. Deshalb brauchen wir bessere Arbeitsbedingungen und einen Tarifvertrag für die gesamte Branche und damit auch eine **bessere Bezahlung** für die Pflegenden.

## BEZAHLBARES WOHNEN SICHERSTELLEN

Stetig steigende Mieten bedeuten für viele Menschen eine finanzielle Belastung und die Gefahr, das Zuhause verlassen zu müssen. Wir haben bereits einiges in der Koalition angestoßen, z.B. haben wir die Mietpreisbremse verschärft und die Modernisierungumlage auf acht Prozent gesenkt. Zudem haben wir mit einer Grundgesetzänderung die Voraussetzungen geschaffen, Länder und Kommunen dauerhaft bei der Schaffung von erschwinglichen Wohnungen zu unterstützen. Wir brauchen aber auch schnell wirkende Instrumente. Deshalb wollen wir einen temporären Mietenstopp um die Mietpreisspirale zu unterbrechen – überall dort, wo der Wohnungsmarkt angespannt ist. Vermeintlich einfache Antworten, wie Enteignungen oder Vergesellschaftung lösen das Problem nicht, denn Enteignungen schaffen keine einzige neue Wohnung. Und die Milliarden für die Entschädigung der Enteigneten fehlen für den notwendigen Neubau von bezahlbarem Wohnraum.

Um gutes und bezahlbares Wohnen zu ermöglichen müssen brauchen wir dreierlei:

1. Einen **temporären Mietenstopp**.
2. Einen Pakt zwischen sozialverantwortlichen Wohnungsbauunternehmen und der öffentlichen Hand („New Housing Deal“).
3. Eine **aktive Bodenpolitik der öffentlichen Hand**, gegen Spekulation und für nachhaltig bezahlbare Wohnungen.

## BUND FÖRdert SANIERUNG VOM SPORT- UND FREIZEITZENTRUM DAHL

Eine gute Nachricht konnte ich diese Woche dem Bürgermeister von Werne übermitteln: Das Sport- und Freizeitzentrum Dahl erhält 1,35 Millionen Euro vom Bund für die Umgestaltung des Tennenplatzes in eine Kunstrasenplatzanlage. Dazu kann das Umkleidegebäude saniert und notwendige Umbaumaßnahmen zur Barrierefreiheit realisiert werden. Die beantragten Mittel kommen aus dem Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen“. Dass die Förderung klappt ist nicht selbstverständlich. In diesem Jahr war das Programm 16-fach überzeichnet. Es ist toll, dass das nun geklappt hat und es war eine gute Entscheidung vom Rat der Stadt, sich zu bewerben. Ich freue mich, dass die Sanierung vom Sport- und Freizeitzentrum Dahl ermöglicht werden kann. Sport ist ein wichtiger Ankerpunkt für die soziale Integration. Ich konnte in den Haushaltsberatungen deutlich machen, wie wichtig das Freizeitzentrum für die ehemalige Bergbauregion Evenkamp ist. Die Arbeiten werden schon in diesem Jahr beginnen. Ich freue mich, den Sportplatz bald zu besuchen.



ZUSAMMEN MIT LOTHAR CHRIST

## 4,7 MILLIONEN EURO FÜR DEN WAHLKREIS VOM BUND

Ich freue mich, dass auch in diesem Jahr in meinem Wahlkreis Projekte vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales finanziert werden. Ein großer Teil (2,2 Millionen Euro) gehen dabei an das ESF-Bundesprogramm zum Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit für das kommunale Jobcenter Hamm.

Die Kolping-Bildungszentren Westfalen in Hamm erhalten 1,6 Millionen Euro über das Programm „Soziale Teilhabe durch Arbeit für junge erwachsene Flüchtlinge und erwerbsfähige Leistungsberechtigte“ (STAFFEL). Ziel des Programms „STAFFEL“ ist die Förderung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen für junge anerkannte Flüchtlinge sowie junge erwerbsfähige Leistungsberechtigte im SGB II, die auf Grund ihrer individuellen Vermittlungshemmnisse erst an die Anforderungen des allgemeinen Arbeits- und Ausbildungsmarktes herangeführt werden müssen.



INTEGRATION DURCH ARBEIT MIT DEM PROGRAMM „STAFFEL“  
(FOTO: COLOURBOX)

## BESUCH VOM EDUARD-SPRANGER-BERUFSSKOLLEG

Eine Schülergruppe von Elektrotechnikern des Eduard-Spranger-Berufskollegs in Hamm hat mich in dieser Woche im Bundestag besucht. Nachdem ich aus meinem Abgeordneten-Alltag berichtet habe und den Ablauf einer typischen Sitzungswoche vorgestellt habe, konnte ich gemeinsam mit den Schülern eine Plenarsitzung nachstellen.

Im Anschluss haben wir über diverse Politikfelder gesprochen: Vom Verfahren wie ein Staat zu einem sicheren Herkunftsstaat erklärt wird, über Elektromobilität und die Ressourcengewinnung von Rohstoffen für Batterien, hin zum Glasfaserausbau in Hamm.



MIT DEN SCHÜLERN VOM EDUARD-SPRANGER-BERUFSSKOLLEG

## MARIO LÖHR - LANDRAT FÜR DEN KREIS UNNA

Der Kreis Unna hat heute mit Michael Makiolla einen erfolgreichen Landrat, der aber bei der nächsten Wahl nicht mehr antreten wird.

Ich bin davon überzeugt, dass Mario Löhr ein hervorragender Kandidat sein wird, der mit seinen Visionen und einer bürgernahen Politik den Kreis Unna voranbringt. Hierbei hat er meine volle Unterstützung! In Lünen hat er mit einem starken Auftritt klar gemacht, warum er der richtige Mann für die Aufgabe des Landrats ist.

<http://www.mario-loehr.de>



ZUSAMMEN MIT MARIO LÖHR

## SCHULE OHNE RASSISMUS

In dieser Woche konnte ich beim parlamentarischen Frühstück mit Vertreterinnen und Vertretern der Aktion „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ sprechen. Die Aktion ist eine europäische Jugendinitiative, bei denen sich Schulen mit unterschiedlichen Projekten aktiv gegen Rassismus und Ausländer\_innenfeindlichkeit einsetzen. Jede Courage-Schule muss mindestens ein/e Pat\*in haben, den die Schüler\*innen selbst suchen. Häufig handelt es sich bei den Pat\*innen um Personen aus den Bereichen Kunst, Politik, Medien oder Sport. Indem sich die Pat\*innen öffentlich für das Anliegen einsetzen, werden die Schüler\*innen nicht nur am Tag der Titelübergabe, sondern dauerhaft in ihrem Engagement unterstützt. Gerne bin ich Pate des Städtischen Gymnasiums in Altlünen und der Heinrich-Bußmann-Schule geworden. Am Donnerstag hat die Schulleiterin **Ulrike Kleber** die Heinrich-Bußmann-Schule mit einer großen Feier verlassen. Ich danke ihr für die **engagierte Arbeit und Zusammenarbeit** in den vielen Jahren. und wünsche ihr auf ihrem weiteren Weg alles Gute. Die Patenschaft meiner Schulen werde ich natürlich weiterhin engagiert verfolgen.



Mit **SANEM KLEFF**, DER DIREKTORIN VON „SCHULE OHNE RASSISMUS“

In meinem Wahlkreis nehmen folgende Schulen am Projekt „Schulen ohne Rassismus“ teil:

In Hamm:

- die Konrad-Adenauer-Realschule
- das Galilei-Gymnasium
- die Friedenschule
- das Märkische Gymnasium
- die Berufskollegs
- die Friedrich-Ebert-Realschule
- die Anne-Frank-Schule
- die Hermann-Gmeiner-Schule
- die Martin-Luther-Schule
- die Erlenbachschule
- die Sophie-Scholl-Gesamtschule
- die Karlschule

Selm:

- das Städtische Gymnasium

Werne:

- das Freiherr-vom-Stein Berufskolleg Werne
- das Anne-Frank-Gymnasium

Lünen:

- die städtische Realschule Lünen-Brambauer
- das Lippe Berufskolleg Lünen
- Die Geschwister-Scholl-Gesamtschule
- Die Friedrich-Ebert-Schule
- Die Heinrich-Bußmann-Schule
- Die Ludwig-Uhland Realschule
- Die Käthe-Kollwitz-Gesamtschule
- Das Gymnasium Altlünen